

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 4183/J-NR/2015 betreffend Gewalt an Volksschulen, die die Abg. Peter Wurm, Kolleginnen und Kollegen am 16. März 2015 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die langfristigen Beobachtungen, etwa dargestellt im Nationalen Bildungsbericht 2012, lassen keinen relevanten Anstieg der Gewalt an österreichischen Schulen erkennen. Unbestritten ist jeder einzelne Fall einer zu viel und entsprechend ernst zu nehmen, so auch der gegenständliche Fall in Jenbach. Die Schulbehörden des Bundes treffen dabei alle ihnen möglichen Maßnahmen, um im Anschluss an eine Gewalttat schützend tätig zu sein.

Nach den vorliegenden Informationen haben der Landesschulrat für Tirol, die Schulaufsicht und die Schule konsequent auf die Vorkommnisse am Schulstandort reagiert und die entsprechenden Interventionen gesetzt. Die Volksschule Jenbach wird nach wie vor intensiv begleitet, Präventivmaßnahmen kommen sowohl am Schulstandort wie auch an anderen Standorten zum Tragen. Auf die Beantwortung der Frage 2 wird hingewiesen.

Zu Frage 2:

An österreichischen Schulen gibt es mehrere Programme zur Gewaltprävention und zum Erwerb von Sozialkompetenz, zB. Programm „Faustlos“ für die Volksschulen und „WiSK - Programm zur Förderung der sozialen und interkulturellen Kompetenz“ für die Sekundarstufe I.

Die Schulpsychologie hat sich im Schuljahr 2013/14 österreichweit um 1.285 Schülerinnen und Schüler intensiv angenommen, die in einer persönlichen Krise waren. Darüber hinaus wurden von der Schulpsychologie-Bildungsberatung 518 Klasseninterventionen zur Gewaltprävention und 1.148 systemische Interventionen zur Konfliktbearbeitung durchgeführt sowie über 2.382 schulische Präventionsprojekte unterstützt. In vielen Fällen war dabei auch Mobbing ein Thema. Weitere Maßnahmen sind auch in der nationalen Strategie zusammengefasst (<http://www.schulpsychologie.at/gewaltpraevention/nationale-strategie/>).

Minoritenplatz 5
1014 Wien
Tel.: +43 1 531 20-0
Fax: +43 1 531 20-3099
ministerium@bmbf.gv.at
www.bmbf.gv.at

DVR 0064301

Nach den vorliegenden Informationen des Landesschulrates für Tirol wurden am Schulstandort mit sämtlichen beteiligten Schülern und deren Erziehungsberechtigten Gespräche geführt, der Vorfall wurde der Jugendwohlfahrt und der Polizei gemeldet, die Schulpsychologie eingebunden, die Pausenaufsichten verschärft sowie eine therapeutische Betreuung an der Schule ermöglicht. Es fand ein runder Tisch unter der Gesprächsleitung des zuständigen Schulpsychologen statt, es erging ein Elternbrief an alle Erziehungsberechtigten, auf den es sehr positive Rückmeldungen gab, die Beratungslehrkraft wurde mit eingebunden. Die Situation hat sich seither beruhigt, die Lehrpersonen gestalten mit gewohntem Engagement den Unterricht und den Schulalltag. An der Schule gibt es eine Vielzahl an Aktivitäten zur Förderung eines gewaltfreien, toleranten und wertschätzenden Miteinanders.

Gewalt an Schulen darf keinen Platz haben und durch eine Vielzahl von Maßnahmen wird seitens des Landesschulrates für Tirol daran gearbeitet, eine Bildungslandschaft zu schaffen, in der konstruktive Konfliktlösungsansätze gelernt werden können. Dass immer wieder Gewalt an Schulen passiert, kann nicht verhindert werden, es werden jedoch einerseits präventive Maßnahmen (zB. in Zusammenarbeit mit Schulpsychologie, Polizei, im Rahmen des Unterrichts durch die Förderung von Sozialkompetenzen der Schülerinnen und Schüler) umgesetzt, andererseits ein Unterstützungssystem angeboten, um dem Ziel der gewaltfreien Schule möglichst nahe zu kommen und ein förderliches Schulklima zu gewährleisten. Der Umgang mit Gewaltsituationen erfordert ein konsequentes Einschreiten, das situationsadäquat und sensibel zu sein hat.

Zu Frage 3:

Es ist unverantwortlich, auf Grund eines Vorfalls Schülerinnen und Schüler zu stigmatisieren. Studien zeigen, dass es keine Unterschiede bezüglich der Gewaltbereitschaft zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund gibt bzw. dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sogar häufiger gemobbt werden (Strohmeier, Nestler, Spiel, 2006; Strohmeier, Atria & Spiel, 2005; Herr, 2005).

Unabhängig von der Herkunft der beteiligten Schülerinnen und Schüler ist bei Auftreten von Gewaltsituationen einerseits ein professioneller Umgang (durch Schulung, Kommunikation, gegenseitige Unterstützung im Lehrkräftekollegium und durch Erziehungsberechtigte) gefordert, andererseits sind gewaltpräventive, an den Schulen integrierte Maßnahmen zu forcieren.

Im Übrigen wird auf die Ausführungen zu Fragen 4 und 5 hingewiesen.

Zu Fragen 4 und 5:

Die Umsetzung der nationalen Strategie zur schulischen Gewaltprävention wird kontinuierlich und nachhaltig durch zahlreiche Maßnahmen umgesetzt; Details sind abrufbar unter <http://www.schulpsychologie.at/gewaltpraevention>.

Zielsetzungen sind Förderung von:


- Wissen über verschiedene Formen von Gewalt und Sensibilisierung,
- Sozialen Kompetenzen und Strategien mit Gewalt umzugehen,
- Verantwortlichkeit und Zivilcourage.

Schwerpunkte sind etwa:

- Leitfaden zur Verbesserung der Beziehungskultur zwischen allen Personen der Schulgemeinschaft: Vereinbarungskultur an Schulen,
- Online-Selbstevaluationsinstrument zur Erhebung der Gewaltsituation an Schulen,
- Leitfaden zur Erstellung von Schulentwicklungsplänen zum Thema Gewaltprävention,
- Begleitung von Schulen bei der Umsetzung von Gewaltpräventionsprojekten durch Schulpsychologinnen und Schulpsychologen,
- Schwerpunktsetzungen in der Lehrkräftefortbildung im Bereich Gewaltprävention/Umgang mit Konflikten.

Wien, 13. Mai 2015
Die Bundesministerin:

Gabriele Heinisch-Hosek eh.

| | | |
|---|--|--|
| Signaturwert | Xa0SHmSD1Ufb+0e5B5duXQ06+BTcb4fsAkOvE7hUli3F/YMBpT/Izit9OjKS1sok0FAx1s/uQdHtvobvu9daiqEZRB s0Uik9lqyQpxjHcl1NhTSuDW4vdoP/at1a3nQvW9oaUj1BoMamwUXslvL7NQU4K7FXS8NGat71EZr6YrERPpPP/r 8D+RP7or8WiSEEgXrumMqcfSP/X00oQiHsS7ft4Zl2z5GHPY7O8jY4hBiu69pwp594EFCo6VOYZUdGxijjVOUm9Bx Tlyn5ZeRdHoo7rcAsnRVVDpM4W1MocQSUzAbFzGpD8TmMqKvc8JQ+U+KaCDss01RjAUS3Nw== | |
|  | Unterzeichner | Bundesministerium für Bildung und Frauen |
| | Datum/Zeit | 2015-05-13T10:51:35+02:00 |
| | Aussteller-Zertifikat | CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT |
| | Serien-Nr. | 1179688 |
| | Hinweis | Dieses Dokument wurde amtssigniert. |
| Prüfinformation | Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: http://www.signaturpruefung.gv.at . Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: http://www.bmbf.gv.at/verifizierung . | |